

Martin Jänicke:

Rio plus 20: Nachhaltige Entwicklung statt Wachstumspolitik

(Vortrag auf der Tagung der Bundestags-Enquetekommission
„Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“, Berlin 6. Februar 2011).

Im kommenden Jahr wird unter dem Stichwort „Rio plus 20“ Bilanz gezogen über den Prozess, der mit dem UN-Gipfel in Rio de Janeiro 1992 begann. Das betrifft das Programm einer nachhaltigen Entwicklung, wie es in der „Agenda 21“ verankert wurde. Die Bundestags-Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ bietet die Chance, dass Deutschland sich in dieser Hinsicht erneut als wahrnehmbare Stimme äußert. Der nahezu Partei übergreifende Konsens des Einsetzungsbeschlusses bietet dazu eine gute Grundlage. Wir sollten also ehrgeizig sein.

1. Wachstumsillusionen überwinden!

Dazu gehört, dass wir Illusionen überwinden, die mit dem bisherigen Wachstumskonzept verbunden waren.

- Eine Illusion ist zunächst die Annahme, das ressourcenintensive Wachstum des 20. Jahrhunderts könne beliebig fortgesetzt werden. Ein solches Wachstum untergräbt die langfristigen Lebensbedingungen ebenso wie die Bedingungen des Produzierens. Das Jahr 2010 bietet Anschauungsmaterial dafür, was die Schädigung der Ressourcen Boden, Wasser und Naturkapital ökonomisch bedeuten kann. Im Gegensatz zu den Studien von Forrester und Meadows vor vierzig Jahren haben wir heute nicht nur Modellrechnungen vor uns. Wir machen nun auch entsprechende Erfahrungen. Grund genug, diesen Paradigmenwechsel endlich umfassen zu vollziehen. Wir haben auf diesem Wege viel Zeit verloren. Ich sage das als jemand, der bei dieser Diskussion von Anfang an dabei war.
- Eine ganz andere Illusion ist der Glaube, mit den Mitteln der Politik könne langfristig ein höheres Wachstum erzeugt werden. Die EU-Kommission hat diese Illusion – mit dem Wachstumsziel von 3 Prozent in der Lissabonstrategie - im letzten Jahr aufgegeben. Industrieländer wie Deutschland haben immer wieder erhebliche Anstrengungen unternommen, um das Wirtschaftswachstum zu steigern. Zu den Anstrengungen gehören Subventionen in Milliardenhöhe, aber auch öffentliche und private

Einkommensverzichte sowie politische Verzichte aller Art. Wachstumspolitik ist ein Ressort übergreifendes Kernpostulat des Staates, das in der Agrar- Bau- oder Verkehrspolitik ebenso gilt wie im Bereich Bildung und Forschung.

Ich bin dafür, dass wir untersuchen, welche Anstrengungen mit welchem Ergebnis in der Wachstumspolitik unternommen wurden. Am Ende werden wir vielleicht das bisherige Wachstumskonzept durch ein anspruchsvolles Konzept nachhaltigen Wirtschaftens ersetzen.

- Das höhere Wachstum soll der Lösung struktureller Probleme dienen. Und das ist die entscheidende dritte Illusion. Es geht um die Strukturprobleme des Arbeitsmarktes, der Überschuldung, der Rentenfinanzierung und der Armutsentwicklung. Das sind die so genannten „Wachstumswänge“. Im Hinblick auf diese Strukturprobleme ist Wachstumspolitik lediglich Symptombekämpfung. Sie besteht aus peripheren Maßnahmen am Ende der Kausalketten, ohne Einfluss auf die Probleme und ihre Eigenlogik. Um die geht es aber. Wenn wir die doppelte Illusion aufgeben, Wachstum könne politisch erzeugt und sodann als universale Problemlösung genutzt werden, wenn wir also ein moderates Wachstum als unvermeidlich akzeptieren, treten die strukturellen Probleme in ihrer eigenen Bedeutung in den Vordergrund. Die strategische Anstrengung des Staates gilt dann hoffentlich nicht mehr vorrangig der Wachstumsförderung sondern – weitergehend - dem nachhaltigen, sozial- und umweltverträglichen Wirtschaften. Im Kern geht es um einen gerechter verteilten Wohlstand, der vor allem auf hoher Ressourcenproduktivität beruht.

2. Nullwachstum löst kein einziges Problem.

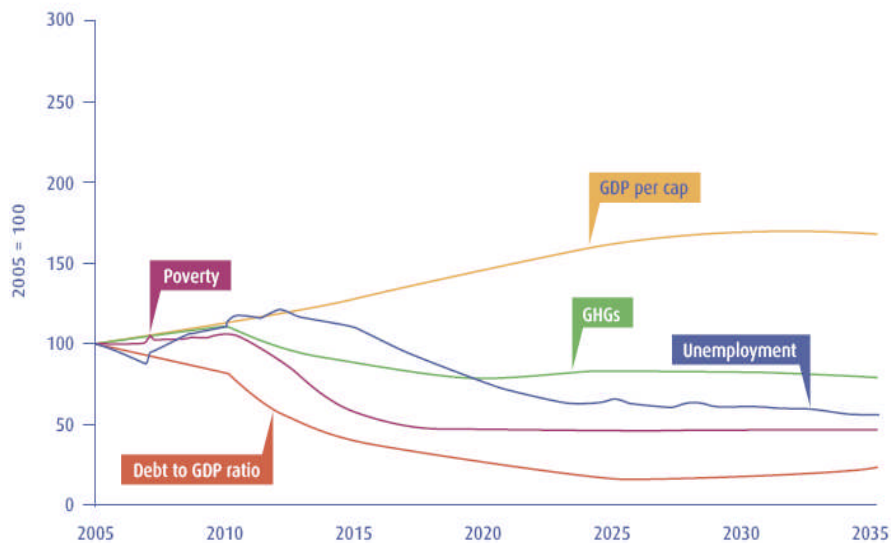
Eine vierte Illusion ist aber auch die Vorstellung, dass Wachstumsverzicht eine Lösung der Umwelt- und Ressourcenprobleme erbringe. Nullwachstum löst nicht ein einziges Problem. Es schafft aber neue, insbesondere das Risiko der Kapitalabwanderung. Ökologisch bedeutet ein Wachstumsverzicht, dass die Umwandlung von Rohstoffen in Produkte, Schadstoffe und Abfälle nur auf gleichem Niveau gehalten wird. Nullwachstum bedeutet lediglich die unveränderte Anhäufung von Abprodukten in der Umwelt. Nur das Tempo dieser Akkumulation wird nicht erhöht. Die Forderung nach Wachstumsverzicht ist nur scheinbar radikal. Tatsächlich verdeckt sie weiter gehende Forderungen zur Wachstumsfrage, die längst auf der Tagesordnung stehen.

Worum es geht sind radikale Schrumpfungen und radikales Wachstum. Um im Klimaschutz eine globale kohlenstoffarme Energieversorgung durchzusetzen, bedarf es eines hohen Wachstums bei den erneuerbaren Energien. Dass China den Ausbau der Windenergie jedes Jahr um mehr als 100 Prozent gesteigert hat und dass Japan seine Solarstromerzeugung bis 2020 um das Zwanzigfache steigern will, ist ein sinnvolles und notwendiges Wachstum. Bei den fossilen Energieträgern geht es dagegen um radikale Schrumpfung. Die erfolgreiche Diversifizierung der deutschen Ruhrkohle AG in neue Geschäftsfelder – nunmehr als EVONIK - zeigt, dass dieser Strukturwandel sozialverträglich möglich ist.

3. Green Growth - Die Umweltfrage als Wachstumsmotor?

Ökologisch ist die Differenz von Wachstumsraten des BIP von erheblicher Bedeutung. Es macht daher keinen Sinn, unter dem Stichwort „green growth“ ein insgesamt höheres gesamtwirtschaftliches Wachstum anzustreben. Das wäre der untaugliche Versuch einer Fortsetzung des alten Wachstumspfad mit ökologischen Mitteln. Ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von einem Prozent führt erst in 70 Jahren zu einer Verdopplung. Das ist durch ökologische Modernisierung gut auszugleichen und lässt auch weitergehende Umweltentlastungen zu. Ein Wachstum von 5 Prozent bedeutet dagegen in 70 Jahren das mehr als Dreißigfache. Das ist durch einen Umwelt entlastenden technischen Fortschritt beim besten Willen nicht auszugleichen. Ein solches BIP-Wachstum würde bei sonst gleichen Bedingungen eine Steigerung der Energieeffizienz von 5 Prozent erfordern. Und dies nur um den Status quo zu erhalten. (Zum Vergleich: die Steigerung der Energieeffizienz im Durchschnitt der OECD-Länder beträgt bisher 1,5 Prozent.). Die absolute Reduzierung des Energieverbrauchs würde eine noch höhere Effizienzsteigerung erfordern.

„Green growth“ kann also nur ein moderates Wachstum sein. Im Gegensatz zu armen Ländern können reiche Industrieländer mit niedrigen Wachstumsraten auch auskommen. Von 1988 bis 1998 wuchs das BIP der Schweiz nur um 1,1 Prozent im Jahresdurchschnitt. Dies bei relativ niedriger Arbeitslosigkeit. Schweden und Japan hatten von 1997 bis 2007 ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 1,2 Prozent. Der häufige Vergleich der Zuwachsraten armer und reicher Länder ist im Übrigen wegen des Basiseffekts unangebracht. In Deutschland bedeutet ein Wachstum von einem Prozent die Steigerung um 24 Mrd. €. In Armutsregionen vergleichbarer Größe wären hierzu ungleich höhere Wachstumsraten erforderlich. Gut leben mit moderatem Wachstum – dies wird in dem Maße gelingen, wie die „Wachstumswänge“ durch kausale Lösungen abgebaut werden. Dies hat Tim Jackson überzeugend für Kanada dargestellt (s. Abbildung):



Der Begriff der „Green economy“ scheint weniger missverständlich als der des „Green growth“. Die UNEP definiert ihn wie folgt: „A Green Economy can be defined as an economy that results in improved human well-being and reduced inequalities over the long term, while not exposing future generations to significant environmental risks and ecological scarcities“ (UNEP 2010). Hier wird anstelle von Wachstumsraten die soziale und ökologische Qualität des Wirtschaftens betont. Ähnlich geschieht dies in der EU-Strategie „Europe 2020“ (2010), die an die Stelle der alten Wachstumsstrategie (Lissabon-Strategie) getreten ist. Die EU-Kommission nennt hier drei Prioritäten (EU Commission 2010):

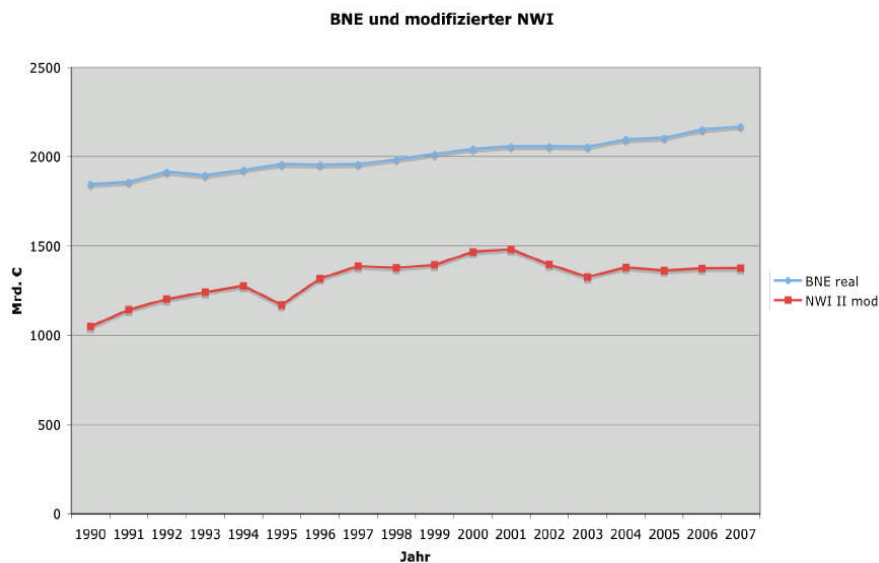
- *“Smart growth:* developing an economy based on knowledge and innovation
- *Sustainable growth:* promoting a more resource efficient, greener and more competitive economy
- *Inclusive growth:* fostering a high-employment economy delivering social and territorial cohesion“ (3).

Die Aufgabe des EU-Ziels eines BIP-Wachstums von 3 Prozent p. a. ist das bemerkenswerte Eingeständnis der Erfolglosigkeit dieser Strategie. Zugleich ist der Übergang zu Nachhaltigkeitskriterien für die Wirtschaftsleistung ein bedeutender Schritt hin zu einem Nachhaltigkeitsverständnis, das die Bilanz des Rio-Prozesses prägen könnte.

4. Die Frage der Wohlstands- und Fortschrittmessung

Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung addiert naturgemäß Einkommen ganz unabhängig davon, wie sie erwirtschaftet wurden. Das Problem dabei ist, dass dies Wirtschaftstätigkeiten einschließt, die nicht nachhaltig sind. Die Wirtschaft verdient an der Umwelt belastenden Produktion ebenso wie an der Beseitigung von Umweltzerstörungen. Dass auf diese Weise „das Industriesystem von seinen Missständen profitiert“ wurde vom Autor schon in den siebziger Jahren kritisiert (Jänicke 1979). Auch die Gratisleistungen der Natur werden im BIP nicht erfasst. Sie gehören aber dazu, weil ihr Wegfall oft reale Schäden verursacht. Sauberes Grundwasser oder die CO₂-Absorption durch Urwälder sind solche Gratisleistung. Auch die Gratisleistungen im Haushalt und im Sozialbereich werden im BIP nicht erfasst. Kritikpunkte gibt es hier genug.

BNE und Nationaler Wohlfahrtsindex (NWI) für Deutschland 1990-2007 (Dieffenbacher / Zieschank 2009)



Aber das BIP ist nun einmal die Rechenlogik des bestehenden marktwirtschaftlichen Systems. Das System wird über seine Rechenlogik kaum zu ändern sein. Wir brauchen überdies eine zusammengefasste Information über die in einem Jahr entstandenen Wertschöpfungen und Einkommen. Was wir nun aber ebenso brauchen sind berechenbare Informationen darüber, welche Wirtschaftstätigkeit langfristige Verluste einbringt, weil sie die Lebensgrundlagen untergräbt. Insbesondere dort, wo Produktionen ihre natürlichen Grundlagen (wie Wasser, Boden und Naturhaushalt) untergraben sind „Wertschöpfungen“ tatsächlich Schadschöpfungen. Die Gratisleistungen der Natur wie die des Sozialbereichs sollten

zusätzlich zum BIP erfasst und bilanziert werden. Nicht immer ist das exakt erfassbar. Meist sind entsprechende Zahlenwerke methodisch weniger zuverlässig als das, was die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung bisher erfasst. Deshalb ist auch vor einem Gesamtindikator zu warnen, der als Ersatz für das BIP dies alles zusammenaddiert. Er würde unendliche methodische Diskussionen auslösen und damit an Legitimation einbüßen. Das ändert nichts an der Notwendigkeit, entsprechende Daten so zuverlässig wie möglich zu erheben. Es wäre schon ein großer Fortschritt, wenn mit denjenigen Abzügen und Ergänzungen gegenüber dem BIP begonnen wird, die statistisch hinreichend verlässlich sind. Der Rückgang von Grünflächen, Rohstoff- oder Fischbeständen wären Beispiele hierfür. Zu dieser „Gegenrechnung“ zur Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gibt es gerade in Deutschland bereits gute Ansätze. Und das Statistische Bundesamt ist auf diesem Gebiet ein internationaler Vorreiter (Statist. Bundesamt 2010, vgl. Weltbank 2011).

5. Fazit

Hinter dem Schleier unterschiedlicher Wachstumsillusionen wird das weite Feld nachhaltigen Wirtschaftens erkennbar. Das Ausmaß bisheriger Ressourcenverschwendung bietet gewaltige Potenziale für ökologische Innovationsprozesse. Ähnliche Potenziale bietet die bisher so einseitige Betonung der Einsparung von Arbeit: Es geht um die Chancen eines Innovationsprozesses, der auf eine massive Steigerung der Ressourcenproduktivität hinzielt. Und schließlich bietet auch die dreißigjährige Umverteilung von unten nach oben gewaltige Potenziale für eine gerechtere Verteilung des Erwirtschafteten. Mehr Gerechtigkeit ist ein Gewinn für das soziale Klima und ein notwendiger Beitrag zur Akzeptanz des erforderlichen Wandels.

Wird die Illusion aufgegeben, dass Politik langfristig ein signifikant höheres Wachstum erzeugen könne, wird folglich auch die Wunschvorstellung aufgegeben, dass höheres Wachstum unsere Sozial-, Finanz- und Beschäftigungsprobleme lösen kann, so kommen diese Probleme unmittelbar auf die Tagesordnung. Dazu gehört dann auch die Frage, wie wir produzieren. Die Antwort liegt in der Zukunftsaufgabe, das Wirtschaften so zu innovieren, dass ökologisch nachhaltige Entwicklung und eine Produktivität möglich wird, die primär nicht die Arbeit sondern den Ressourcenverbrauch verringert.

Literaturhinweise:

- Diefenbacher, H. / Zieschank, R. (2008): Wohlfahrtsmessung in Deutschland – Ein Vorschlag für einen neuen Wohlfahrtsindex, R&D review, research index FK 3707 11101/01.
- EU Commission (2010): Europe 2020 – A European strategy for smart, sustainable and inclusive growth, COM(2010)2020, 3.3.2010.
- Jackson, T. (2009): Prosperity without Growth. Sustainable Development Commission.
- Jänicke, M. (1979): Wie das Industriesystem von seinen Mißständen profitiert, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Jänicke, M. (2008): Megatrend Umweltinnovation, München: Oekom.
- Statistisches Bundesamt (2010): Umweltökonomische Gesamtrechnungen: Umweltbeeinträchtigungen im neuen SEEA. Von M. O'Connor und K. Schober, Wiesbaden.
- Weltbank (2011): The Changing Wealth of Nations – Measuring Sustainable Development in the New Millennium, Washington, D. C.: The World Bank.